

ÖSTERREICH

„Hillary war sehr offen“

Außenminister Michael Spindelegger, 50, über den diplomatischen Flurschaden, den die Veröffentlichung der US-Botschaftsdepeschen angerichtet hat

SPIEGEL: In den Berichten der Wiener US-Botschaft werden Sie und Ihre Regierung als provinziell und störrisch beschrieben. Welcher Vorwurf ärgert Sie mehr?

Spindelegger: Solche Berichte geben keinen Anlass zum Ärger. Für mich zählt, was mit Ministern besprochen wird. Außerdem: Wenn wir Österreich als störrisch betrachtet werden, dürfen wir das durchaus als Kompliment verstehen.

SPIEGEL: Also keine Konsequenzen für die diplomatischen Beziehungen?



Clinton, Spindelegger

Spindelegger: Auf Minister-Ebene nicht. Hillary Clinton war immer sehr offen. Wir reden uns mit Vornamen an. Aber natürlich wird jeder weltweit bei Gesprächen mit Mitarbeitern einer US-Botschaft künftig diese Bilder im Kopf haben.

SPIEGEL: Ihnen selbst wird von den Diplomaten vorgeworfen, Sie betrieben Außenpolitik als Wirtschaftspolitik.

Spindelegger: Eine Nation wie die USA, die Wirtschaftspolitik in der Diplomatie sehr prominent behandeln, kann da geradezu Vorbild sein.

SPIEGEL: Bei Ihrem November-Treffen mit Clinton wurden Sie nicht gewarnt vor dem, was da auf Sie zukommt?

Spindelegger: Ich nehme nicht an, dass sie etwas gewusst hat. Für die US-Außenpolitik ist das jetzt eine Belastung. Aber teilweise stand in den Berichten ja auch Amüsantes drin.

SPIEGEL: Zum Beispiel die Aussage des Salzburger Bürgermeisters 2008 über seine Parteifreunde Alfred Gusenbauer, damals Kanzler, und Werner Faymann, heute im Amt, sie verwandelten „Österreich in eine Bananenrepublik“?

Spindelegger: Diese Diktion muss man natürlich zurückweisen.



Ausschreitungen in Abidjan

AFRIKA

Böse Ahnung

Auf keinem Kontinent betrügen die politischen Führer ihre Wähler so oft und so schamlos um ihre Stimme wie in Afrika. Jüngstes Beispiel: In der Elfenbeinküste weigert sich Noch-Präsident Laurent Gbagbo, seinen Posten in Abidjan zu räumen, obwohl die Vereinten Nationen, die Afrikanische und die Europäische Union ihn als klaren Verlierer der jüngsten Wahlen sehen. Zu Konzessionen wie sein Amtskollege Robert Mugabe ist Gbagbo nicht bereit. Auch Simbabwe Präsident hatte die Wahlen

RUSSLAND

Comeback der Kosaken

Beim Kampf gegen die Organisierte Kriminalität setzt der Kreml auf die Nachfahren jener Wehrbauern, die einst für die Zaren die Ränder des Imperiums verteidigten. In den Südprowinzen des Riesenreichs sollen verstärkt Freiwilligentrupps für Recht und Ordnung sorgen, darunter auch Patrouillen von Kosaken. Die hätten sich schon früher als „effektives Mittel zur Normalisierung der Lage“ empfohlen, erklärten Kosakenvertreter den neuen Einsatz. In der Region Stawropol werden die Bürgerwehren bereits ab dieser Woche gemeinsam mit der Polizei zum „Schutz

von Bewohnern und Gästen“ auf Streife gehen. Das Comeback ist die Folge staatlichen Versagens beim Schutz der Einwohner. Kosaken und andere Freiwillige sollen nach dem Willen Moskaus ein Gegengewicht zu den korrupten Polizisten bilden, die oftmals mit dem organisierten Ver-

brechen paktieren. In der Region Krasnodar etwa löschte eine Todesschwadron im November eine Großfamilie aus, zwölf Menschen starben, darunter vier Kinder. Die Täter gehörten zu einer Bande, die das 30 000-Einwohner-Städtchen Kuschtschjowskaja bereits seit den neunziger Jahren terrorisierte. Ge deckt wurden sie durch hohe Vertreter der Staatsanwaltschaft und Polizei.



Kosake beim Reiterspiel

ITALIEN

„Niemand kann Israel stoppen“

Die US-Regierung nimmt die Gefahr eines israelischen Angriffs auf Irans Nuklearanlagen offensichtlich ernster als bislang bekannt. Das geht aus einem Bericht der amerikanischen Botschaft in Rom hervor, der ein Gespräch zwischen US-Verteidigungsminister Robert Gates und Premier Silvio Berlusconi vom 6. Februar referiert. Dabei versichert der Regie-



Gates, Berlusconi

rungschef seinem Besucher nicht nur, dass Italien „der beste Freund der Vereinigten Staaten sein“ möchte. Berlusconi lässt sich auch über Irans Regime aus, das im Verdacht steht, heimlich an der Atombombe zu arbeiten. Er bezieht sich auf Staatschef Mahmud „Ahmadinedschads Versprechen, den israelischen Staat auszulöschen“, und sorgt sich über einen militärischen Präventivschlag der Regierung von Benjamin Netanjahu. Der italienische Premier, heißt es in dem Botschaftsbericht, „spekulierte, dass Tel Aviv zuschlagen würde, möglicherweise sogar mit Nuklearwaffen“. Berlusconi wird mit den Worten zitiert: „Niemand, Präsident Obama eingeschlossen, kann Israel stoppen, wenn es sich existentiell bedroht fühlt.“ Gates teilt die Sorge nicht nur – er nährt sie sogar noch. So verweist der Verteidigungsminister auf ein Flugmanöver der Israelis im Juni 2008: 842 Kilometer seien die Maschinen des jüdischen Staates nach Griechenland geflogen, erklärt Gates. Die „Distanz zwischen israelischen Luftwaffenstützpunkten und Irans Nukleareaktor“, ergänzt er, betrage 840 Kilometer. Der Botschaftsbericht verwechselt hier wohl Meilen und Kilometer. Aber es geht auch weniger um präzise Angaben. Wichtig ist aus amerikanischer Sicht die Reaktion des Premiers: „Berlusconi hat es begriffen.“



Präsident Gbagbo

2008 manipuliert, doch nach internationalem Druck nahm er die Opposition immerhin in eine Regierung der nationalen Einheit auf und entschärfte so den Konflikt. In Kenia hatte Präsident Mwai Kibaki vor drei Jahren das Wahlergebnis verfälscht und sein Amt mit aller Gewalt verteidigt. Die Bilanz: mehr als 1200 Tote. Der äthiopische Premier Meles Zenawi und der ruandische Präsident Paul Kagame dagegen blieben nach unfreien Wahlen im Frühjahr und Sommer unangefochten. Sie hatten es verstanden, die Opposition schon vorher wirkungsvoll einzuschüchtern. Der nächste Konflikt ist im Februar zu erwarten. Dann stehen Wahlen in Uganda an, wo seit 1986 Yoweri Museveni zunehmend autokratisch regiert. Er trickt schon im Vorfeld bei den Wahlbenachrichtigungen, damit er, wie die Opposition argwöhnt, seine Parteigänger ungehindert mehrmals an die Urnen schicken kann.

GROSSBRITANNIEN

Das erste Mal

In London wächst die Sorge, dass die Polizei der Zunahme gewaltsamer Demonstrationen gegen die extreme Sparpolitik der Regierung nicht gewachsen ist. Auf den Chef von Scotland Yard, Sir Paul Stephenson, prasseln Rücktrittsforderungen ein. Am vorigen Donnerstag waren friedliche Demonstrationen von Studenten umgeschlagen in chaotische Ausschreitungen, denen die Polizei wenig entgegenzusetzen hatte. Weder besitzt Scotland Yard Wasserwerfer, die britischen Politikern stets als zu martialisch erschienen, noch ausreichende Planungsphantasie: Absehbare Brennpunkte wie das Finanzministerium oder der High Court blieben ungeschützt. Selbst das Königshaus wurde Opfer der Randalen, als die Menge auf der Regent Street eine funkelnde Staatskarosse mit Thronfolger Prinz Charles und Frau

Camilla entdeckten. Rund 20 Demonstranten gingen gegen den Rolls-Royce Phantom VI vor, manche warfen Farbbeutel, andere brüllten „Kopf ab“. Eine Scheibe im Fond ging zu Bruch. „Manche Demonstranten hatten Benzin dabei, um Brandsätze zu zünden“, sagte ein Sicherheitsexperte. Die Herzogin blieb cool: „Es gibt für alles ein erstes Mal.“ Regierungschef David Cameron will den Sparkurs aber nicht aufgeben. Gewerkschaften und Sozialverbände haben daher bereits zu weiteren Demonstrationen aufgerufen.



Protestopfer Camilla, Prinz Charles